# Wirtschaftliche Kriegssorgen unserer Feinde.

Von

Dr. jur. et phil. Adolf Weber

Prof. der Staatswissenschaften a. d. Kgl. Schles. Friedrich-Wilhelms-Universität.

---

Dieser Vortrag wurde zum Besten des Breslauer Nationalen Frauendienstes als Kriegsvortrag Breslauer Hochschullehrer 1915 gehalten und erscheint hiermit in erweiterter Form.

Breslau 1

Verlag von Preuß & Jünger

(Inh. Kropff & Weinberger)

1915.

Alle Rechte vorbehalten.

330.94
W388w

Jahrhunderte sind dahin gegangen, seitdem Montecuccoli das so oft wiederholte Wort aussprach: „Zum Kriegführen gehört Geld und nochmals Geld und wiederum Geld." Heute, im Zeitalter der Millionenheere, die ausgerüstet sind mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit, hat dieses Diktum mehr denn je Berechtigung. Gerade deshalb aber hofften unsere Feinde, daß sie triumphieren würden, triumphieren müßten. Umfassen doch die feindlichen Staaten mit ihren Kolonien und Anhängseln insgesamt an 800 Millionen Menschen, denen Deutschland und Österreich-Ungarn nur knapp 120 Millionen gegenüberstellen können, und auch unser neuer Bundesgenosse, die Türkei, kann mit ihren 23 Millionen Einwohnern an diesem Mißverhältnis nur wenig ändern. Unsere Feinde beherrschen die großen Ozeane, mit ihren Schiffen ist es ihnen leicht, aus ihren Kolonien und von den Neutralen Kriegsmaterialien allerart heranzuschleppen, Hilfsvölker können sie aus allen Weltteilen auf den europäischen Kriegsschauplatz dirigieren. Unter unseren Feinden befindet sich Frankreich, der reiche Rentner unter den Staaten, und England, das mächtige Zentralhandelsland der Welt, auch — nicht zu vergessen — der „Zar aller Reußen", der über ein Gebiet befiehlt, das, wie Kjellen es ausdrückt, die weitaus größte Einheit der politischen Karte darstellt. Und trotzdem sollte man von wirtschaftlichen Sorgen unserer Feinde sprechen können? Wir wollen so unbefangen wie möglich die Dinge betrachten, wie sie wirklich liegen.

Gleich der Beginn des Krieges brachte Freund und Feind eine große Überraschung; die offenbare wirtschaftliche Ohnmacht Frankreichs. Zum Ausdruck gebracht wurde sie durch Erlaß eines außerordentlich umfassenden Moratoriums, auch dadurch, daß die stolze Bank von Frankreich, die häufig genug sogar der Bank von England aushelfen konnte, schamhaft erklären mußte, sie werde über ihr weiteres Tun und Lassen nichts mehr berichten. Die Bank von Frankreich ist wie unsere Reichsbank eine Zentralnotenbank, sie hat also in gewissem Umfange das Recht, aus einem Stückchen Papier, also aus nichts, Geld zu machen.



P 38834

Das können die Zentralnotenbanken ohne Nachteil, so lange ihr Kredit, das allgemeine Vertrauen zu ihnen unerschüttert ist, und damit es unerschüttert bleibt, sind die Zentralnotenbanken verpflichtet, in kurz begrenzten Zeiträumen eingehend über ihre Lage zu berichten. Die Reichsbank erfüllt diese Verpflichtung auch heute noch in derselben Weise wie in Friedenszeiten; die Bank von Frankreich hüllt sich dagegen (von wenigen Mitteilungen, die sie gelegentlich macht, abgesehen) in ein vielsagendes Schweigen ein. Noch kennzeichnender ist der Umfang des Moratoriums, das in Frankreich für notwendig erachtet wurde. Schon am 30. Juli wurde angeordnet, daß die Banken den Einlegern höchstens 250 Frank und 5 % von dem Reste ihres Guthabens, Sparkassen auf jedes Buch nur 50 Frank nach vierzehntägiger Kündigung zu zahlen verpflichtet seien. Wenige Tage später sah sich die französische Regierung darüber hinaus genötigt, ein Moratorium zu erlassen, das tatsächlich das ganze volkswirtschaftliche Leben Frankreichs in völliges Stocken brachte. Auch die stärksten und angesehensten Aktiengesellschaften wie z. B. der „Crédit Lyonnais" waren gezwungen, von der Zahlung einer Dividende Abstand zu nehmen, da das Gesetz bestimmte, daß eine Aktiengesellschaft, die Zinsen oder Dividende zahle, keinen Anspruch mehr auf die Wohltat des Moratoriums habe, was natürlich nach Lage der Sache den sicheren Untergang bedeutete. Der Staatskredit ist infolge der volkswirtschaftlichen Hemmungen um so mehr gelähmt, weil er schon unmittelbar vor dem Kriege infolge der unsicheren und unklugen französischen Finanzpolitik eine allzu große Belastungsprobe hatte aushalten müssen.

Man suchte zu retten, was zu retten war, aber der Erfolg war gering. Ende November 1914 schrieb der „Temps": „Bis zur Stunde ist keine befriedigende Lösung der durch den Krieg verursachten ökonomischen Krisis erfolgt trotz aller Verfügungen der Regierung, welche bereits Bände ausfüllen." Kurz nach Ausbruch des Krieges hat man in Frankreich eine internationale Union für die Ausfuhr französischer Erzeugnisse gegründet, deren Aufgabe es sein soll, dafür zu sorgen, daß die Franzosen auf Kosten des deutschen Außenhandels, namentlich in „Übersee" Geschäfte machen, aber die Erfahrungen der ersten Kriegsmonate zwangen den ersten Vorsitzenden der Union, an seine Landsleute einen beweglichen Aufruf zu richten, dessen Kernsatz lautete: „Franzosen, erwacht! wenn Ihr nicht wollt, daß der Sieg Eurer Truppen durch Eure wirtschaftliche Niederlage in Frage gestellt wird." Von Eroberungen

war also schon keine Rede mehr, man begnügte sich mit der Sorge um die Verteidigung des wirtschaftlichen Besitzstandes.

Am 10. Dezember lüftete die Bank von Frankreich zum erstenmal ein wenig den Schleier, den sie seit Ende Juli über ihre Lage ausbreitete; das, was sie verriet, mußte den sachkundigen Franzosen erschreckend genug erscheinen. Der Notenumlauf war damals in Frankreich um mehr als 3300 Millionen Frank größer als am 30. Juli, und unter dem Wechselbestand von 3850 Millionen Frank befanden sich für nicht weniger als 3637 Millionen Frank fällige und gestundete Wechsel. Der französischen Regierung hatte die Bank von Frankreich am 10. Dezember 3600 Millionen Frank vorgeschossen! Ende Januar 1915 schuldete der Staat der Bank bereits 4100 Millionen und der Notenumlauf bezifferte sich nunmehr schon auf fast 10½ Milliarden!

Die Bank von Frankreich scheint im übrigen unter einer verständigen und tatkräftigen Leitung der Situation noch einigermaßen gewachsen zu sein, dagegen haben die großen französischen Kreditbanken allgemein sehr enttäuscht. Daß es unter ihnen bereits vor dem Kriege kriselte, bewies die eigentümliche Tatsache, daß eine der französischen Großbanken, die „Société Générale", um ihre Depositengläubiger, die sich zu einem run auf die Bank anschickten, zu beruhigen, im Frühjahr 1914 eine Untersuchung ihres Wechselportefeuilles durch die Bank von Frankreich veranlaßte. Inzwischen wird wahrscheinlich sowohl bei der „Société Générale" wie bei der „Banque de Paris", einer der größten französischen Spekulationsbanken, eine tief eingreifende Intervention stattgefunden haben, die sich äußerlich dadurch bekundete, daß die bisherigen Präsidenten durch Verwaltungsbeamte ersetzt wurden. Die mächtige französische Zentral-Hypothekenbank, der „Crédit foncier", hat ihre besonderen Sorgen infolge der deutschen Invasion, sie bereitet vorläufig ihre Freunde und Gönner auf unangenehme Überraschungen vor durch die Nachricht, daß die Arbeiten ihrer Buchhalterei wegen der Verlegung des Gesellschaftssitzes nach Bordeaux und der späteren Rückkehr nach Paris im Rückstande seien.

Auch ohne Krieg wäre Frankreich wirtschaftlich immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Vor einem Vierteljahrhundert stand Frankreichs Außenhandel an Größe noch vor dem deutschen Export, im letzten Jahre vor dem Krieg war er nur noch halb so groß wie dieser. Obwohl die französische Küste beinahe doppelt so lang ist wie die deutsche, fassen Frankreichs Schiffe noch nicht einmal

die Hälfte der Tonnenzahl, die unsere Handelsflotte aufzuweisen hat. Das einst so reiche Frankreich, zu dem noch vor einigen Menschenaltern das damals so arme Deutschland mit bewundernder Scheu emporblickte, hatte vor dem Krieg nach Berechnungen des Franzosen Thery ein Nationalvermögen von 287 Milliarden Frank, das war sicher nicht mehr als etwa zwei Drittel unseres Volksvermögens.

Fragen wir nach den Gründen der wirtschaftlichen Stagnation vor dem Krieg und der schlimmen wirtschaftlichen Zerfahrenheit Frankreichs während des Krieges, so wird man zwischen entfernteren und näheren Ursachen unterscheiden können.

F. Naumann hat einmal gesagt: „Malthusianische Völker verlieren ihre erobernde Kraft politisch und wirtschaftlich. Frankreichs Geschick zeigt nur zu deutlich, wie richtig dieser Satz ist. Abnahme der relativen Bevölkerungszunahme bedeutet Lähmung der Energie des Schaffens. Verminderte Quantität verbindet sich daher mit geringerer Qualität der Menschen. Unsere Soldaten, die jetzt durch die französischen Dörfer und Städte in dem so reichen Norden Frankreichs ziehen, wissen viel zu erzählen, wie erschreckend sie dort — sagen wir einmal die Selbstgenügsamkeit der Franzosen empfinden. Wie manches ist dort im Vergleich zu unseren deutschen Verhältnissen verloddert und vernachlässigt!

Hierzu kommt in Frankreich eine bedenkliche Korruption, ein alles überwuchernder parteipolitischer Egoismus — was auch jetzt nur dürftig durch die Trikolore zugedeckt wird, selbst während des Krieges haben die Franzosen ihre Affären und Skandale. Anfang 1914 erschien ein Buch von H. Fernau über die französische Demokratie. Der Verfasser nennt es selbst: „Sozialpolitische Studien aus Frankreichs Kulturwerkstatt". Er wirft dabei die Frage auf: „Ist Frankreich dekadent?" Fernau, ein Bewunderer der französischen Kulturmöglichkeiten, antwortet: „Frankreich ist überall dort dekadent, wo man nach Kraft, Gewalt, Autorität, Respekt, nach kollektiver Macht und überhaupt nach überkommenen traditionellen Werten fragt." Nun meint freilich unser Autor, diese Dekadenz sei erfreulich, denn diese im heutigen Frankreich dekadenten Dinge müßten weg, weil sie den Weg zu einer höheren Kultur versperrten. Er rühmt es an Frankreich, daß es im Wegräumen dieser „Hindernisse" mehr Fortschritte gemacht habe als etwa Deutschland, wo man „noch nicht einmal das offizielle Christentum überwunden habe". Derjenige allerdings, der gewohnt ist, sich weniger mit schwärmerischen Gedanken der

Zukunft zuzuwenden, der lieber nüchtern die Gegenwart betrachtet, wird in dem blindwütigen Hasse der französischen Politiker und Politikaster gegen das „Traditionelle", ohne daß sie wußten, was an dessen Stelle zu setzen sei, eine weitere Ursache der wirtschaftlichen Dekadenz des französischen Volkes erblicken müssen.

Zu den angedeuteten entfernteren Gründen für das gegenwärtige wirtschaftliche Chaos in Frankreich kommt nun noch als unmittelbare Ursache das eigenartige finanzielle Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland. Milliarden opferte die französische Republik der russischen Despotie, in der Hoffnung, daß der liebe russische Freund helfen werde, das verhaßte Deutschland zu demütigen. Es ist einmal gesagt worden, daß es keine stärkere Abhängigkeit, kein schwerer abzuschüttelndes Helotentum gebe als Abhängigkeit des Gläubigers von seinem übergroßen Schuldner. Frankreich mußte diese Wahrheit hart empfinden. Es übersah die finanziellen Bedürfnisse seines eigenen Staates, der eigenen Volkswirtschaft, um mit übervollen Händen dem Verbündeten zu geben, schließlich wohl in dem Gedanken, daß man neues Kapital hingebe müsse, um altes Kapital zu retten. Noch Anfang 1914 übernahm die französische Bankwelt trotz der recht prekären Lage Frankreichs wiederum eine russische Anleihe, die für den Bau strategischer Eisenbahnen bestimmt war, im Betrage von 665 Millionen Frank. Die französischen Kapitalisten schienen besonders in den letzten 5—10 Jahren geradezu mit Blindheit geschlagen zu sein — verführt durch die nur zu leicht käufliche Presse. Nur so ist es zu erklären, daß außer den Milliarden, die Rußland bewilligt wurden, gleichzeitig auch noch viele Hunderte von Millionen nach Mittelamerika, nach Südamerika, in die Balkanländer wanderten, um dort eine fragwürdige Anlage zu finden, die jetzt infolge der wirtschaftlichen Weltkrisis nur in beschränktem Umfange Zinsen einbringt. Übrigens sind die allerjüngsten Auswanderungen des französischen Kapitals (kurz vor dem Kriege) auch mit zurückzuführen auf die Furcht vor den Folgen des Caillauxschen Einkommensteuer-Gesetzentwurfes.

Verschärft wird Frankreichs ungünstige volkswirtschaftliche Lage noch wesentlich dadurch, daß wir gerade die besten französischen Provinzen ganz oder doch zum Teil besetzt halten; nach Berichten der französischen Statistischen Gesellschaft hat das Gebiet, das die Deutschen Ende Dezember in Frankreich in Händen hatten, einen Gesamtwert von ungefähr 14½ Milliarden. Der Norden Frank-

reichs ist zunächst einmal die wertvollste landwirtschaftliche Gegend Frankreichs. Für ganz Frankreich betrug nach einer 1913 veröffentlichten amtlichen französischen Schätzung der Pachtwert pro Hektar 41 Frank, im Departement du Nord stieg er auf 138 Frank. Der Verkaufswert betrug 1240 Frank bzw. 4432 Frank pro Hektar. Diese Landstriche werden jetzt für unseren künftigen Nahrungsmittelbedarf so weit wie möglich nutzbar gemacht. Der besetzte Teil Frankreichs ist zugleich aber auch die wichtigste industrielle Gegend Frankreichs. Nach Mitteilungen, die Dr. Schroedter Ende Januar im Vereine Deutscher Eisenhüttenleute machte, besitzen wir in den okkupierten Gebieten Frankreichs folgende Anteile der gesamten industriellen Erzeugung: Kohlen 68,8 %, Koks 78,3 %, Eisenerz 90,0 %, Roheisen 85,7 %, Schweißeisen und Puddelstahl 62,4 %, Stahlblöcke 76,0 %, Schienen und Schwellen 76,6 %, Träger 88,3 %, Bleche 63,2 %, Draht 52,2 %, Röhren 100,0 %, Stahlguß 76,9 %. Da ferner Lille, Roubaix, Valenciennes in unserem Besitze sind, verfügen wir zugleich über die wichtigsten Zentren für die Wollfabrikation, die Baumwollindustrie und die Leinenfabrikation Frankreichs. Das weitaus wichtigste Eisenerzrevier Frankreichs (Briey-Longwy) wurde schon im August von uns okkupiert. Auch von den französischen Zuckerfabriken befinden sich mehr als die Hälfte innerhalb des gegenwärtigen französischen Kampfgebietes.

Selbstverständlich zeigt sich die fatale Lage Frankreichs auch in den Ziffern für den französischen Außenhandel. Man rechnete z. B. aus, daß in den Monaten August bis Oktober die Einfuhr um 55½ %, die Ausfuhr sogar um 72 % zurückging. Besonders hart ist die so bedeutende französische Luxusindustrie getroffen, nicht minder trauern die vielen, die in Paris und an der Riviera so ganz auf die Fremden angewiesen sind.

Zusammenfassend kann man sagen: Frankreich kann sich nur dadurch helfen, daß es das alte Mittel der Assignatenwirtschaft in neuen Formen wiederholt; das kann auch durch formelle Anleiheoperationen nicht verdunkelt werden. Der Krieg beschleunigt Frankreichs wirtschaftlichen Niedergang, um so mehr, weil kein Land verhältnismäßig so viel menschliche Arbeitskräfte durch den Krieg verliert wie das männerarme Frankreich.

Man möchte es fast tragikomisch nennen, daß Rußland, der Schuldnerstaat, finanziell besser gerüstet in den Krieg eingetreten ist als der Gläubigerstaat Frankreich. Und doch waren die eigenen Geschicke Rußlands im Verlaufe der letzten zehn Jahre für

eine starke finanzielle Kriegsbasis nicht günstig. Kaum hatte es den kostspieligen und unglücklichen Krieg gegen Japan hinter sich, als schlimme innere Unruhen begannen, die sich Jahre hinstreckten. Man begann dann mit unverkennbarer Energie Reformmaßnahmen durchzuführen, es gelang dabei zwar die Bauern vom Flurzwang zu befreien, aber das Vorherrschen des Großgrundbesitzes und die schlimme Lage der russischen Bauern konnte dadurch nicht beseitigt werden. Hinzu kam noch unmittelbar vor dem Kriege eine arge Trockenheit, die für viele Gegenden Rußlands eine schlimme Mißernte nach sich führen mußte. Aber der „Koloß mit tönernen Füßen" konnte sich trotz dieser ungünstigen Sachlage kräftigen hauptsächlich dank den Milliarden, die das europäische Kapital zur Verfügung stellte. So war es Rußland nicht nur möglich, seine Ausgaben für Heer und Marine von 466 Millionen Rubel im Jahre 1903 auf 944 Millionen Rubel im Jahre 1913 zu steigern, es konnte auch seine Ausgaben für Agrarwesen und für die Staatseisenbahnen erheblich vermehren, und es war ihm außerdem noch möglich, in seiner Zentralnotenbank einen Goldvorrat aufzuspeichern, der bei Beginn des Krieges einen Wert als 3200 Millionen Mark darstellte. Seit dem September 1912 wurde der Goldschatz reichlich verdoppelt. Rußland wollte eben den Krieg, es wußte daher auch am besten, daß er kommen mußte, und es hatte sich für seine Verhältnisse erstaunlich gut vorbereitet. Aber der Goldschatz dient nur zur Sicherung des Geldumlaufs, er ist das Rückgrat der Währung, daher können keine großen Beträge von ihm genommen werden, ohne die Zahlungsorganisation und die Kreditbasis auf das empfindlichste zu stören. Die Milliardenanleihen waren zwar in der Vergangenheit für die Kriegsrüstung außerordentlich vorteilhaft, aber in der Gegenwart nutzen sie darüber hinaus nichts mehr, im Gegenteil es ist nötig, erhebliche Zinsen für die auswärtigen Gläubiger bereitzustellen. 1913 erforderte der russische Staatsschuldendienst bereits 403 Millionen Rubel, es wird heute kaum weniger als eine Milliarde Mark pro Jahr dafür aufzuwenden sein. Nach einer amtlichen Statistik der Washingtoner Regierung betrugen die russischen Staatsschulden vor Ausbruch des Krieges bereits 18200 Millionen Mark, davon waren 4500 Millionen Mark in den letzten zehn Jahren aufgenommen worden.

Zu den laufenden Ausgaben für diese gewaltigen Staatsschulden treten nun noch die riesigen Aufwendungen, die für die Kriegsführung zu machen sind, hinzu. Von dem russischen Professor Wesselowski

wurden diese im Anfange des Krieges auf eine Milliarde Frank pro Monat geschätzt. Inzwischen ist durch die notwendig gewordenen umfassenderen Maßnahmen, insbesondere nach dem Eingreifen der Türkei das Konto der laufenden Kriegskosten noch beträchtlich gewachsen. Die Hauptkreditquelle für Rußland, Frankreich, ist aber nun ziemlich ganz versiegt, und so hat denn das Zarenreich mit bitter-süßer Miene den Versuch gemacht, sich mit eigenen Mitteln zu helfen. Eine Riesenaufgabe! Die russische Volkswirtschaft ist gegenwärtig nicht auf Rosen gebettet, die Ernte, die wertvollste Produktion des Landes, ist nur mäßig, aber auch eine reiche Ernte würde nichts nützen, da fast alle Ausfuhrmöglichkeiten genommen sind. Der innere Verkehr ist viel stärker behindert, als das bei uns der Fall ist, weil Rußland relativ viel weniger Bahnen hat, zudem sind sie zu 75 % nur eingleisig. An Rohstoffen und Kohlen für die Industrie fehlt es in steigendem Umfange. Nach einer von dem Verbande der russischen Fabrikanten angestellten Erhebung hatten nach Ablauf des ersten Kriegsvierteljahrs in dem Moskauer Rayon, der doch weit ab liegt von den Kriegsereignissen, 80 % der Unternehmungen ihre Betriebe vermindert, 4 % die Arbeit gänzlich eingestellt, und nur 16 % arbeiteten in normaler Weise weiter.

Das Daniederliegen der Volkswirtschaft beeinträchtigt natürlich auch empfindlich die Staatseinnahmen. Der Staat hat nun aber dazu noch den Mut gefunden, gerade beim Beginn des Krieges auf eine seiner wichtigsten Einnahmen zu verzichten.

Im Jahre 1914 erwartete Rußland aus der Besteuerung des Alkohols eine Einnahme von insgesamt 991,5 Millionen Rubel. Die Einnahmen insbesondere aus dem Branntweinmonopol wiesen von Jahr zu Jahr steigende Ziffern auf; nach Ballod hat das Branntweinmonopol 1911 einen Reinüberschuß von 595 Millionen Rubel = 1285 Millionen Mark gebracht gegenüber 388 Millionen Rubel = 690 Millionen Mark im Jahre 1903. Daß steigende Staatseinnahmen auf Grund des Branntweinkonsums in den maßgebenden Kreisen Rußlands nicht nur Freude auslösten, liegt auf der Hand, eine immer lebhafter werdende Antialkoholbewegung setzte ein, und ihr trug die Regierung Rechnung, indem sie beim Kriegsausbruch mit einem Federstrich die Bevölkerung zwang, auf den Alkokol zu verzichten, nur in erstklassigen Gasthöfen darf fernerhin noch Wein und Bier verkauft werden. Volkswirtschaftlich war diese energische Maßregel nicht unweise, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung nicht doch auf Umwegen ihre

Alkoholgelüste befriedigen kann, denn das, was das Volk nicht für Schnaps ausgibt, bleibt ihm und bleibt der Volkswirtschaft, ja noch mehr, das nüchterne Volk wird leistungsfähiger, wird mehr produzieren können. Vom Standpunkte der Staatswirtschaft handelte die russische Regierung aber nur dann zweckmäßig, wenn sie wußte, das sie etwas Besseres an die Stelle der aufgegebenen Rieseneinnahme zu setzen vermöchte. Tatsächlich hat man sich aber in Rußland damit begnügt, durch ein Kuddel-Muddel von finanzpolitischen Maßnahmen zu helfen, die einzeln und in ihrer Gesamtheit zeigen, daß dem Vorgehen kein wohldurchdachter Plan zugrunde lag. Man hat zu steuerlichen Maßregeln gegriffen, die samt und sonders die durch den Krieg gegebenen volkswirtschaftlichen Anpassungsschwierigkeiten noch wesentlich verschärfen, teils außerdem auch noch als eine Steuer auf die Notlage des Volkes zu charakterisieren sind. Andere Mittel wollte man aus dem Inlande locken durch Anleihepläne, die mit einer Art Lotterie verbunden sind, das meiste aber bringt man auf durch vermehrte Ausgabe von Papiergeld. Anfang dieses Jahres hatte die russische Staatsbank für 3030,5 Millionen Rubel = 6576 Millionen Mark Noten in Umlauf (gegenüber 1634 Millionen Rubel am 21. Juli 1914). Wenn die gegenwärtige gesetzliche Norm für die Golddeckung beibehalten wird, so bleibt der Staatsbank nur noch eine Emissionsmöglichkeit von einigen Millionen Rubel. Wird man aber das Emissionsrecht der Staatsbank erweitern, so ist zu befürchten, daß nicht bloß die Rubelkurse im Auslande weiter fallen, sondern auch der Rubel im Inlande an Kaufkraft verlieren wird. Tatsächlich mußte sich die russische Valuta bereits eine beträchtliche Wertminderung selbst in dem befreundeten England gefallen lassen, — zur Zeit des russisch-japanischen Krieges war das nicht der Fall, — während vor dem Kriege für 10 Pfund Sterling 95 Rubel gezahlt wurden, stieg das Äquivalent während des Krieges bis auf 135 Rubel. Infolge von Maßnahmen der russischen Regierung (Ausfuhr von 8 Millionen Pfund Sterling Gold und Begebung von 12 Millionen Pfund Sterling russischen Schatzwechseln in London) konnte der Kurs auf 118 heruntergedrückt werden, das ist aber immer noch so abnorm hoch, daß die russischen Handelsbeziehungen dadurch auch fernerhin beträchtlich erschwert werden.

Schon bei Beginn des Krieges drängte sich dem unbefangenen Beobachter der Gedanke auf, daß es Rußland mit Deckung der laufenden Kriegsausgaben aus eigenen Mitteln gar nicht ernst war,

die russischen Finanzpolitiker hielten es bei ihren Maßnahmen für selbstverständlich, daß die befreundeten und verbündeten Mächte gern die Kosten des Verfahrens decken würden. Daß Frankreich nicht mehr helfen kann, werden wohl die Russen nachgerade selbst einsehen, aber wozu ist denn England da? England muß allerdings in bestimmtem Umfange helfen, es kann nicht zulassen, daß Rußland, mit dem es auf Gedeih und Verderben verbunden ist, seinen Zinsverpflichtungen nicht nachkommt, sich also bankrott erklären muß, und es muß auch insofern helfen, als allzu große Unebenheiten in den Geldkursen das für die Kriegführung unbedingt notwendige do ut des beeinträchtigen. An den sich daraus ergebenden Anleiheoperationen wird Frankreich insoweit teilnehmen, als es Rußland das vorstreckt, was die Regierung des Zaren den Franzosen an Zinsen zu zahlen verpflichtet wäre, aber aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann; der Gläubiger macht gute Miene zum bösen Spiel, weil ihm nichts anderes übrig bleibt.

Den Hauptteil der finanziellen Lasten des Krieges muß England tragen. Das ist für England nichts Neues; es liebte es stets, die „silbernen Kugeln" zu spenden und ließ dafür seine Vasallen ihr Leben opfern. Neuartig ist freilich schon das ungeheure Quantum dieser finanziellen Bürde in einem Kriege, wie ihn die Weltgeschichte bis dahin noch nicht gesehen hat. Neu ist vor allem auch, daß England mit „silbernen Kugeln" allein dieses Mal gar nicht auskommt. Es spürt am eigenen Leibe die Schrecknisse des Krieges. Hunderttausende von Landeskindern muß es hinaus ins Feld schicken. England sieht zum erstenmal seit Jahrhunderten im eigenen Lande, was Kriegsverwüstung heißt. Inzwischen drängen die Bundesgenossen immer ungeduldiger, daß England mehr und immer mehr des Krieges Lasten auf sich nehmen müsse. Die täglichen Kriegskosten Englands wurden im August auf 20 Millionen Mark geschätzt, nach englischen Zeitungsmeldungen waren sie im Dezember schon auf das Doppelte gestiegen. 40 Millionen pro Tag sind auch für England keine Kleinigkeit. Kennzeichnend ist es, daß die 3½prozentige englische Kriegsanleihe in Höhe von 350 Millionen Pfund Sterling, obwohl die Bank von England sie in vollem Betrage 1 % unter dem Lombardzinsfuß beleiht, nur mit Mühe und Not untergebracht werden konnte. Und während unsere deutsche Kriegsanleihe heute ein erhebliches Agio aufzuweisen hat, begann die englische Anleihe schon bald nach der Ausgabe mit einem Disagio, das auch in der Folgezeit nicht verschwunden ist.

Man pflegt die wirtschaftlichen Möglichkeiten Englands gemeinhin zu überschätzen. Zwar ist im Durchschnitt der Einzelne in England reicher als in Deutschland, aber das gesamte englische Volksvermögen wurde vor dem Kriege nur auf 230–260 Milliarden Mark geschätzt; dieselbe Schätzung kam dagegen für Deutschland auf 290–320 Milliarden. Die englischen Kohlenlagerbestände umfassen 189 000 Millionen Tonnen, die deutschen dagegen über 420 000 Millionen, die englischen Eisenerzvorräte wurden 1912 auf 1300 Millionen Tonnen geschätzt, die deutschen (mit Einschluß von Luxemburg) auf 3900 Millionen Tonnen. Die Gewinnung von Rohstoffen steigerte sich in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren um 520 %, in England nur um 136 %. Der landwirtschaftlich benutzte Boden hat in Großbritannien von 1893 bis 1913 abgenommen, auch die Ernteerträge sind zurückgegangen, die deutschen Ernteerträge haben sich dagegen in denselben beiden Jahrzehnten um mindestens 50 % gesteigert.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Kriegslage fällt es schwer ins Gewicht, daß ein weit größerer Teil der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands im Inlande wurzelt, als das bei England der Fall ist. Man nimmt an, daß Englands Volkswirtschaft zu vier Fünfteln, die unsrige dagegen nur zu einem Fünftel auf den Außenhandel angewiesen ist. Nun nahm aber der englische Export in den Kriegsmonaten gewaltig ab, während England in den ersten sechs Monaten von 1914 für 42,6 Millionen Pfund Sterling durchschnittlich pro Monat exportieren konnte, sank der Wert des Exports in der zweiten Hälfte auf 29,1 Millionen Pfund Sterling. Ein Minus von 13½ Millionen Pfund Sterling gleich 270 Millionen Mark pro Monat! Diese Verhältnisse werden nicht besser, sondern von Monat zu Monat schlimmer; das Baltische Meer und das Schwarze Meer sind für den englischen Handel ganz geschlossen, die Nordsee wird je länger je mehr ein Feld voll lauernder Gefahren – im übrigen fehlt es an Aufträgen und an Schiffsräumen.

An Aufträgen mangelt es deshalb, weil Deutschland, Österreich und die Türkei selbstverständlich für den englischen Handel während des Krieges nicht mehr in Betracht kommen. Gleichzeitig ist der Handel mit Rußland, namentlich nach Sperrung des Schwarzen Meeres auf ein Minimum zusammengeschrumpft, dazu kommt, daß gleichzeitig mit dem Kriege eine furchtbare Wirtschaftskrisis fast alle Länder der Erde heimsucht, eine Krisis, die sich zum Teil schon vor und unabhängig von dem Kriege vorbereitete.

Besonders schlimm sah es vor Kriegsausbruch in Mittel- und Südamerika aus. Die Bürgerkriege brachten Mexiko an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes, eine schlechte Kaffeeernte, starkes Steigen der Kaffee- und Gummipreise, eine tolle Überspekulation, starke Ausgaben für unproduktive Rüstungsaufgaben zerrütteten die brasilianische Volkswirtschaft so vollständig, daß Brasiliens Staatsbankrott unvermeidlich wird. Der Import Brasiliens war im Oktober 1914 volle 70 % niedriger als in demselben Monate des Vorjahres. In den anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten sah es nicht viel besser aus. Während des schon bestehenden Wirrwarrs brach dann der Krieg aus. Die Staaten, die bis dahin gewohnt waren, daß Europa ihnen in überreichem Maße borgte, bekommen jetzt sicherlich nicht nur nichts mehr geborgt, sondern sie können einen großen Teil ihrer Produkte nicht mehr verkaufen. Die „New York Evening Post" schrieb am 18. September über Chile, dessen Lage immerhin besser ist als diejenige Brasiliens: „Alle großen Geschäftshäuser sind geschlossen, auf den Salpeterfeldern ist die Arbeit eingestellt worden, Tausende von Arbeitswilligen bemühen sich vergebens, Beschäftigung zu finden, alle Preise schnellen in die Höhe, das Geschäft ist allenthalben zu einem völligen Stillstand gekommen." England, das besonders große Hoffnungen darauf setzte, uns während des Krieges von den südamerikanischen Plätzen zu verdrängen, muß stattdessen wahrnehmen, daß ihm selbst dort ein wichtiges Absatzfeld mindestens für die Dauer des Krieges zu einem großen Teil abhanden gekommen ist. Vermochten doch sogar die Vereinigten Staaten von Nordamerika im letzten Viertel des vorigen Jahres nur noch knapp ein Drittel dessen an Brasilien und Argentinien zu verkaufen, was sie vor Jahresfrist an diese beiden Länder absetzen konnten.

Schon diese Tatsache zeigt, daß auch die Vereinigten Staaten unter dem Kriege schwer zu leiden haben, infolgedessen auch ihrerseits weniger von England und Frankreich und durch Englands Vermittlung kaufen können. Es würde in den Vereinigten Staaten noch viel schlimmer sein, wenn sie nicht eine recht günstige Getreideernte gehabt hätten im Gegensatze zu den meisten anderen Getreide exportierenden Staaten. Aber fast alle anderen Wirtschaftszweige liegen in der Union schlimm danieder, da in dem neutralen Lande natürlich nicht so viel für den Kriegsbedarf produziert wird wie bei uns oder in England und Frankreich, — obwohl die Amerikaner ohne jeden Skrupel an Kriegsaufträgen alles annehmen,

was man ihnen anbietet. — Auch der Abgang der Arbeitsfähigen durch Eintritt in die Heere der streitenden Mächte ist verhältnismäßig nicht groß, so daß sich die amerikanische Krisis in einer großen Arbeitslosigkeit äußert. Als im November 1913 die Zahl der Zahlungseinstellungen auf fast 1400 gestiegen war, sah man das allgemein als Zeichen einer argen wirtschaftlichen Depression an, im November 1914 wurde die hohe Ziffer des Vorjahres noch erheblich überschritten; es gab nunmehr schon 1850 Insolvenzen. Der Wert der Einfuhr nach Amerika ist seit Kriegsbeginn bis Ende 1914 um fast 82 Millionen Dollar zurückgegangen. Im Dezember 1914 führten die Vereinigten Staaten für 114 Millionen Dollar ein gegen 140 Millionen im Jahre 1913 und 154 Millionen im Jahre 1912.

Die gesamte wirtschaftliche Situation wird nun für England namentlich noch dazu besonders ungünstig, daß die Mehrzahl seiner Kolonien wirtschaftlich ganz und gar nicht gerüstet war, um die Kriegsdepression zu tragen. Kanada litt vor dem Ausbruch des Krieges unter den Folgen einer schlimmen Landspekulation und einer wenig befriedigenden Ernte, die in manchen Teilen des Landes eine völlige Mißernte bedeutete. In der Zeit vom 1. September 1913 bis 1. September 1914 führte Kanada für 575 Millionen Dollar ein, es waren reichlich 117 Millionen weniger als in den 12 vorhergegangenen Monaten. Die Weizenernte wird in Kanada pro 1914 auf 160 Millionen Bushels geschätzt gegen 232 Millionen im Vorjahre. Die Arbeitslosigkeit war schon vor dem Kriege groß, und die kanadische Regierung freute sich offenbar, das Problem der Arbeitslosigkeit dadurch zum Teil lösen zu können, daß die Arbeitslosen durch indirekten Zwang veranlaßt wurden, „freiwillig" das kanadische Kontingent, das England zu Hilfe geschickt wurde, zu stärken. Schlimm sieht es auch in Australien aus; ungenügende Regenfälle verursachten auch dort eine Mißernte. Während Australien 1914 für fast eine Viertelmilliarde Mark Weizen und Mehl ausführen konnte, wird es 1915 nichts ausführen können, sondern gezwungen sein, Getreide einzuführen. Unbequem empfindet man es unter den gegenwärtigen Zeitläufen, daß in Australien einige Staaten kostspielige Experimente und Einrichtungen vor dem Kriege auszuführen begonnen haben, natürlich mit geborgtem Gelde, und da ihnen das Mutterland nicht mehr in dem früheren Umfange Kapital vorstrecken kann, so war die Regierung gezwungen, statt neue Arbeitsgelegenheit in Anbetracht der Notlage zu schaffen,

im Gegenteil einen Teil der bisher von ihr beschäftigten Arbeiter zu entlassen — auch das kam freilich wiederum den englischen Rekrutierungsplänen zugute. — In Südafrika spürte man bei Kriegsausbruch noch die Nachwehen der vorhergegangenen großen Arbeiterunruhen, und während des Krieges verschärften abermals innere Unruhen die reichlichen Einwirkungen des Weltkrieges. Manche Spezialindustrien leiden in Südafrika in besonderem Maße, z. B. die Diamantenfelder, die alle Arbeiter und Angestellten entlassen haben; auch die für Südafrika ziemlich bedeutende Straußenzucht ist hart getroffen; der Preis für das Pfund Straußenfedern sank von 50 Pfund Sterling vor dem Kriege auf 17 Pfund Sterling im Oktober 1914. Die südafrikanische Golderzeugung wird bei länger andauerndem Kriege empfindlich gestört, weil aus Deutschland kein Cyankali mehr kommt. Auch ist nach englischen Zeitungsmeldungen die Lage der Landwirtschaft namentlich in Transvaal sehr ungünstig. Nachdem bereits im vorigen Jahre die Ernte sehr schlecht ausgefallen war, wurden dieses Mal alle an den Flußläufen gelegenen Felder überschwemmt. Dazu kamen die Eintreibung der Vorräte durch die aufständischen Buren und der Niedergang der Wollpreise. Wie der Wollpreis, so ist auch der Preis für Jute am englischen Markte stark gesunken; während Ende September pro Tonne noch 35¼ Pfund Sterling gezahlt wurden, mußte man sich Ende November mit 15 Pfund Sterling (im Januar 1915 mit etwa 19 Pfund Sterling) begnügen, hauptsächlich deshalb, weil so kräftige Konsumenten wie Deutschland und Österreich fast gänzlich ausgeschaltet sind. Unter dem starken Sinken der Preise für Textilrohstoffe leiden aber nun wieder besonders arg Indien und Ägypten. In Indien war der Export im September 1914 auf die Hälfte des Vorjahres zurückgegangen, der ägyptische Export schmolz sogar auf ein Fünftel des normalen zusammen. Im Januar wurde aus London gemeldet, daß die englische Regierung jede finanzielle Unterstützung der hart bedrängten Baumwollkultur in Indien abgelehnt habe, sie habe sich begnügt, eine Einschränkung der Erzeugung zu empfehlen.

Indessen auch für den so stark reduzierten Welthandel genügen die Handelsschiffe unserer Feinde nicht, das ist zunächst höchst auffallend. Die englische Handelsflotte hatte 1910 einen Raumgehalt von 12 Millionen Tonnen, fast die Hälfte des Tonnengehaltes der Weltflotte gehörte England, aber diese riesige Flotte leistete, weil die alten, weniger schnellen Schiffe in der englischen Handelsflotte

im Gegensatz zu der unsrigen stark vertreten sind, verhältnismäßig viel weniger als die deutsche Flotte. Nach einer Berechnung des „Nautikus" kann man annehmen, daß im Durchschnitt der deutsche Schiffsraum doppelt so viel leistet als der englische. Die deutsche Handelsflotte ist nun aber ebenso wie die österreichisch-ungarische und die russische zum größten Teile aus dem Weltverkehr ausgeschieden. Ein nicht so ganz kleiner Teil der englischen und französischen Schiffe ist vernichtet, ein anderer Teil ist im Baltischen und Schwarzen Meere eingeschlossen. Außerdem hatte aber die englische Regierung nach einer Mitteilung des New-Yorker „Sun" vom 28. November damals schon nicht weniger als 1200 Dampfer für Truppentransporte, für Proviant und Munition gechartert. Die größten und schnellsten Dampfer sind als Hilfskreuzer ausgerüstet. Die Engländer müssen in großem und stets steigendem Umfange nicht nur für ihre eigene in Frankreich stehende Armee sorgen, sondern auch für die ihrer Verbündeten, da die französische Armee durch die deutsche Invasion des größten Teiles ihrer Fabrikationsstädte beraubt ist, und ihre Materialien aus fremden Staaten, eben aus England oder Amerika, in erheblichem Umfange beziehen muß. Es ist erklärlich, daß dafür sehr viel Schiffsraum nötig ist. Manches ferner, was England und Frankreich früher von dem nahen europäischen Markte bezogen, muß jetzt von einem viel entfernteren Überseemarkte bezogen werden. Denken wir z. B. an den großen Zuckerbedarf Englands, der früher im wesentlichen durch Deutschland und jetzt durch ferngelegene Rohrzuckerländer gedeckt werden muß. Viele Schiffseigentümer und Schiffer scheuen zudem das große Risiko — die Prämien für die Seekriegsversicherung sind stark gestiegen — und lassen lieber ihre Schiffe untätig liegen, andere Schwierigkeiten ergeben sich für den Transport aus manchmal fehlenden Rückfrachten. Englische Kohlendampfer brachten z. B. von England Kohle nach Chile, die Dampfer wurden dort mit Salpeter für Deutschland beladen. Diese Rückfrachten gibt es während des Krieges nicht mehr. Die Folge davon ist, daß kein Schiffsraum zu angemessenem Preise zu haben ist, um Kohle von England nach Chile zu senden. Ein amtlicher Bericht, der im Januar d. Js. an den Senat der Vereinigten Staaten gerichtet wurde, stellt fest, daß die Frachtsätze für transatlantische Frachten bis zu 1150% gestiegen sind, Steigerungen von 600—800% gelten als ganz normal. Die durch den ungenügenden Schiffsraum bedingten Schwierigkeiten werden in den englischen Häfen noch erheblich dadurch gesteigert,

daß der Mangel an Dockarbeitern zu einer bedeutenden Anhäufung von Gütern in den Häfen, die dem Handelsverkehr noch offen stehen, geführt hat, so daß zu dem Ausladen eines Schiffes jetzt doppelt so viel Zeit erforderlich ist als gewöhnlich. „Daily Telegraph" veröffentlichte am 16. Januar das Ergebnis einer Umfrage, aus der hervorging, daß in Liverpool auf den Docks und Güterbahnhöfen allein 8000 Arbeiter fehlten, die unter den Fahnen seien, und dieser Ausfall könne durch Aushilfsarbeiter nicht annähernd ersetzt werden. Die Zahl der Männer, die durch den Krieg der englischen Volkswirtschaft entzogen werden, ist erheblich höher, als man nach deutschen Zeitungsmeldungen annehmen sollte.

* * *

Mit den Finanz- und Handelssorgen sind die wirtschaftlichen Kriegssorgen Englands längst noch nicht erschöpft. Die englische Industrie befindet sich in einer eigenartig schwierigen Lage. England stand grundsätzlich auf dem Boden des Freihandels und die englische Industrie strebte von dieser Grundlage ausgehend vielfach dahin, sich die Bearbeitung der industriellen Endprodukte vorzubehalten, dafür sollten aus dem Auslande, namentlich aus Deutschland, die billigen Halbzeuge bezogen werden. Das bot im Frieden, begünstigt durch die britische Zollfreiheit, gewisse Vorteile, aber im Kriege ergibt sich nun für die englische Industrie eine viel schlimmere Lage als für die deutsche, die bemüht war, in großen gemischten Betrieben den Fabrikationsprozeß durchzuführen. Aber aus noch einem mir wichtiger erscheinenden Grunde kann die deutsche Arbeit sich leichter vom Auslande unabhängig machen als die englische Arbeit. Als der englisch-deutsche industrielle Wettlauf begann, war England weit voran. Ein Stück nach dem andern holte Deutschland ein, und da, wo es England jugendfrisch überholte, war es für dieses — wie die Erfahrung immer wieder zeigte — ausgeschlossen, das verlorene Gebiet wiederzuerobern, umgekehrt behielt England am Weltmarkte manchmal nur deshalb einen Vorsprung, weil es von alters her so gewesen war, und weil man es, insbesondere in Deutschland, einem gewissen Trägheitsprinzip folgend, vorläufig bei der alten Gewohnheit bleiben ließ. Ich erinnere an die Stahlfederfabrikation, die in Deutschland mindestens ebenso gute und billige Waren zu liefern in der Lage ist als die englische Konkurrenz. Und doch erfreuten sich die englischen Stahlfedern in Deutschland vor dem Kriege vieler Be-

nutzung in Erinnerung an die längstvergangene Zeit, wo man in Deutschland ohne die englische Stahlfeder nicht auskommen konnte. Vor einigen Monaten konnte man in der Zeitung lesen, daß England den Export von Weißblech nach Dänemark, Holland und Schweden verboten habe, es sollte dadurch auch die indirekte Ausfuhr nach Deutschland verhindert werden. Noch vor zehn, fünfzehn Jahren hätte uns ein derartiges Ausfuhrverbot vielleicht hart betroffen, heute haben wir eine eigene Weißblechindustrie, die der englischen in keiner Weise nachsteht, und die schon fast 80% unseres Bedarfes deckt. Wir hätten schon längst die englische Konkurrenz gänzlich aus dem Felde geschlagen, wenn nicht die Bequemlichkeit der deutschen Konsumenten und äußerste Anstrengungen der englischen Fabrikanten, durch Preisunterbietungen einer völligen Verdrängung der englischen Waren entgegenzuarbeiten, hinderlich gewesen wären.

Der Krieg wird uns ferner vom Auslande im allgemeinen und von England insbesondere in größerem Maße deshalb unabhängiger machen, weil er der technischen Experimentiermöglichkeit einen sehr geeigneten Boden bietet. Die Zufuhr von Jute, die wir fast ausschließlich aus Britisch-Indien bezogen, ist uns durch den Krieg so gut wie ganz abgeschnitten. Unsere Industrie aber verstand es, aus Papierstoff ein Fabrikat herzustellen, das in manchen Fällen einen brauchbaren Ersatz für Jute darstellte. Ganz sind wir auf das Ausland angewiesen für den so sehr wichtigen Kautschuk, aber längst ist das Problem, künstlichen Kautschuk herzustellen, wissenschaftlich gelöst. Die enorm gestiegenen Kautschukpreise werden möglicherweise dazu helfen, daß nun auch bald die technische Lösung gefunden wird. Ähnlich steht es mit dem Stickstoffdünger und gewiß auch mit anderen Dingen, von denen man glaubt, daß wir sie unbedingt vom Auslande beziehen müssen. Das Volk der Erfinder wird unter dem Zwange der Zeit Experimente wagen, die sonst nicht gewagt worden wären, um neue Wege zu finden, die uns vom Auslande unabhängiger machen ohne Schädigung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten. So war es auch 1870. Als 1870 der von den französischen Feldern stammende Krapp ausblieb, erfanden Greve und Liebermann das Alizarin, wodurch die Krapppflanze entbehrlich wurde.

Wie unendlich schwer es dagegen der englischen Industrie wird, auf die Wareneinfuhr aus Deutschland zu verzichten, das zeigen die lebhaften Diskussionen und zahllosen Projekte, die entstanden sind, um aus eigener Kraft etwas Gleichwertiges für die deutsche

Farbstoffeinfuhr zu setzen. Vergeblich waren die darauf gerichteten Bemühungen ebenso wie die Versuche, die bisher aus Deutschland bezogenen Glühkörper für Auerlicht in England selbst herzustellen. Wie sehr wir technisch den Engländern überlegen sind, zeigen ja auch mit dem nötigen Nachdruck unsere Zeppeline, unsere 42 cm-Mörser und unsere U-Boote!

Die Engländer suchen selbst nach den Gründen für ihre Rückständigkeit. Die einen meinen, die Deutschen hätten deshalb einen so großen Vorsprung errungen, weil sie im Gegensatz zu den Engländern mehr Lust zu harter wissenschaftlicher Arbeit bekundeten, andere klagen hingegen darüber, daß es an den nötigen Organisationen, namentlich finanzieller Art, fehlt. Mir will es scheinen, daß die Klagen über mangelhafte Organisation berechtigter sind als die Vorwürfe, die man dem wissenschaftlichen Geiste der Engländer macht, obwohl auch diese Vorwürfe nicht ganz unberechtigt sind. Aber wir müssen dankbar anerkennen, daß wir auf fast allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens starke und nützliche Anregungen von dem wissenschaftlichen Geiste der Engländer bekommen haben. Ich erinnere an die für die Industrie grundlegenden Taten eines James Watt, Henry Cort, William Murdoch. Auch die wissenschaftlichen Hauptanfänge unserer chemischen Industrie gehen auf England zurück. Selbst auf dem Gebiete, auf dem England am meisten zurückgeblieben ist, auf dem Gebiete der Landwirtschaft, haben wir von England gelernt. Aus England ist beispielsweise die Ackerentwässerung durch Röhrendrainage herübergekommen, mit deren Hilfe man große Ackerflächen durch Beseitigung des zu hohen Grundwasserstandes trockenlegen und erwärmen konnte.

Es wäre also sicherlich grundfalsch, wollte man den Engländern technische Begabung und Arbeitslust abstreiten. Dagegen fehlt es in England fast ganz an der erforderlichen Kreditorganisation, ohne die auch der kühnste und tüchtigste wissenschaftliche Gedanke über das theoretische Stadium nur selten hinauskommen kann. England, das klassische Land der Zahlungsorganisation, ist in seiner Kreditorganisation unglaublich rückständig geblieben, während Deutschland infolge des mächtigen Vorwärtsstrebens seiner großen Spekulations- und Depositenbanken*) nach dieser Richtung hin an der Spitze aller Staaten der Welt steht. Die englischen Zeitungen und Zeitschriften brachten

*) Vergl. Adolf Weber: Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens. 2. Aufl. 1915.

während der verflossenen Monate auffallend häufig Notschreie aus dem Publikum, daß das englische Bankwesen den gewerblichen Kreditbedürfnissen gegenüber so völlig versage. Man verlangte eine eigene Bank, die sich ausschließlich damit befassen müsse, die Industrie zu finanziieren, man wünschte – recht bezeichnend –, daß die Regierung die dazu erforderlichen Mittel bereitstellen solle. „Daily Chronicle" brachte kürzlich einen Artikel – nach der Frankfurter Zeitung – unterzeichnet „von einem, der Deutschland ebenso gut kennt wie England". In dieser Zuschrift wurde mit besonderem Nachdruck die an so vielen Stellen sich offenbarende Rückständigkeit der englischen Industrie und namentlich auch die Tatsache, daß sich Deutschland einen so großen Teil des englischen home trade habe sichern können, einzig und allein auf das Konto der direkt entmutigenden Haltung der englischen Finanzwelt geschrieben. Die englische Regierung hat aber nicht nur die dringenden Stimmen nach Hilfe überhört, sondern noch dazu dekretiert, daß neue Emissionen am englischen Kapitalmarkte künftig nur mit amtlicher Zustimmung erlaubt werden sollen. § 1 des betreffenden Gesetzes sagt, daß die britische Industrie kein neues Kapital durch öffentliche Zeichnungen aufnehmen dürfte, wenn es das Schatzamt nicht als im nationalen Interesse liegend ansehe. Mit Recht meinte dazu der „Economist", daß diese Fürsorge nur die Geschäfte beunruhigen werde, die privatim kein Geld aufbringen könnten; die Gefahr sei groß, daß die kleineren Unternehmungen, die im Lande ihren Finanzbedarf nicht decken könnten, in den Konkurs getrieben würden.

An Organisation fehlt es in England aber nicht bloß auf finanziellem Gebiete, sondern überall, an allen Ecken und Kanten, insbesondere auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge. Die englische Armenunterstützung ist so schlecht geleitet und organisiert, daß der frühere Arbeitsminister John Burns einmal meinte, diese Armenfürsorge sei geeignet, in Zeiten allgemeinen Notstandes den Staatsbankrott herbeizuführen.

Die Engländer haben keine Zeit, ihre Blicke, die stets neidisch nach auswärts gerichtet sind, auf die Notwendigkeiten im eigenen Lande zu lenken. Die eindringlichen Warnungen, die einst Adam Smith seinen Landsleuten gab „vor der niedrigen Habsucht und dem Monopolgeiste der Kaufleute und Gewerbetreibenden", wodurch die Nationen in ihren wirklichen Interessen so sehr getäuscht würden, scheinen die leitenden Männer im englischen Staats- und Wirtschaftsleben nicht zu kennen, sie bilden sich ein, diese niedrige Habsucht

und den Monopolgeist zu den Grundsäulen des wirtschaftlichen Erfolges machen zu können. England hat in den letzten 6 Monaten die Welt in fast allen Stücken enttäuscht, aber in einem Punkte hat es sich selbst übertroffen, in der Skrupellosigkeit, mit der es das Ziel seiner Handelseifersucht zu erreichen sucht. Die Welt ist Zeuge davon, wie England von vornherein das Völkerrecht mit Füßen getreten hat. Während des Krieges gibt es für England nur ein Völkerrecht: „Was England nützt, ist recht, was England schadet, ist unrecht."

Man erinnert sich unwillkürlich dabei an ein Wort, das der deutsche Botschafter in London wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges vor einer erlesenen englischen Zuhörerschar aussprach: Der Fürst Lichnowsky meinte damals: „Auf den britischen Schulen erhält der Begriff des »Gentleman« seine vollendete Prägung; die Anschauungsweise des »Gentleman« hat sich zur Ethik des modernen Völkerlebens entwickelt, es ist die heutige Virtus. Die Umgangsformen eines Gentleman gelten als internationaler Komment, um mich eines studentischen Ausdrucks zu bedienen." Mit diesem „Komment" in der Tasche eröffnet England einen wirtschaftlichen Franktireurkrieg, so jenseits aller Moral und auch jenseits aller Klugheit, daß die englische Nation einen Rekord auf einem eigenartigen Gebiete für sich buchen kann. Völkerrecht und Privatrecht werden gleichermaßen ignoriert, wohlerworbene Rechte werden durch einen Federstrich beseitigt, nackte Willkür wird zum Richter über das Mein und Dein der Völker, die England mit seinem Hasse beehrt. Für diejenigen Engländer freilich, die durch den Haß noch nicht ganz blind geworden sind, die mit ruhiger Überlegung nicht nur an die Zerstörungen der Gegenwart, sondern auch an den Aufbau und Weiterbau in der Zukunft denken, ist wahrscheinlich die brutale Art, mit der England seinen Handelskrieg führt, eine Quelle besonders großer wirtschaftlicher Sorgen. Englands wirtschaftliche Macht beruht nicht auf seinem Reichtum, den Schätzen seines Bodens, auch nicht auf der Qualität seiner Menschen. Nur dadurch konnte es eine Art wirtschaftlicher Hegemonie aufrechterhalten, daß die Völker der Welt in England den Generalkaufmann erblickten, den großen Weltvermittler zwischen Soll und Haben, zwischen Produzenten und Konsumenten. Als Generalkaufmann hatte aber England auch in besonderem Maße die Pflicht, nach Treu und Glauben als ehrlicher Kaufmann zu verfahren. Vor mehr als einem halben Jahrhundert konnte noch Bagehot in seinem berühmten Buche über

den englischen Geldmarkt schreiben: „Am besten läßt sich „Lombard-Street" als die größte Kombination ökonomischer Kraft und ökonomischer Delikatesse, welche die Welt je sah, bezeichnen." Es klingt wie ein Märchen aus alten Zeiten! An ihre überwiegende ökonomische Kraft glauben die Engländer wohl selbst längst nicht mehr und an die ökonomische Delikatesse? — England hat seit den Augusttagen 1914 in Wirklichkeit Treu und Glauben mit Füßen getreten, es hat nicht einmal so viel Kaufmannsehre gezeigt, wie sie selbst für den geldgierigsten Krämer schon aus Klugheitsrücksichten eine selbstverständliche Notwendigkeit ist. England hat damit den Stamm abgesägt, auf dem es sitzt; Englands wirtschaftliche Mission ist erledigt, muß im Interesse der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker erledigt sein!

Es soll nicht geleugnet werden, daß unseren Feinden manche wirtschaftliche Sorgen erspart geblieben wären, wenn sie andere Männer mit der Führung der wirtschaftlichen Geschicke während des Krieges betraut hätten. Ein Napoleon konnte auf dem wirtschaftlichen Chaos der ersten Republik ein starkes Kaisertum aufrichten. England hat in Lord Kitchener unzweifelhaft einen militärischen Organisator ersten Ranges, aber die Männer, die den Wirtschaftskrieg zu führen bestimmt sind, sind samt und sonders Dilettanten im schlimmsten Sinne des Wortes. Man kann der angesehensten englischen wirtschaftlichen Zeitschrift „Economist" den Schmerz nachfühlen, wenn sie in der Nummer vom 30. Januar nach Männern für die Führung des Wirtschaftskrieges ruft, die, gestützt auf Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens, nicht eingeschworen seien auf die Hirnprodukte der Regierungsclique. Frankreich hätte möglicherweise in Jaurès überragender Persönlichkeit einen Mann gehabt, der die Zeit der Not richtig verstanden und danach gehandelt haben würde, aber ein Meuchelmörder hat ihn bei Kriegsbeginn aus dem Wege geräumt. Was übrig blieb, ragt nicht empor über die Größe gewöhnlicher Parteihäuptlinge. Rußland hat in dem Grafen S. J. Witte sicherlich einen Staatsmann, namentlich einen Organisator ersten Ranges. Aber er, in Tiflis, etwas abseits von dem Bureaukratismus der echt russischen Leute geboren, hat in seiner glänzenden Laufbahn gezeigt, daß er einen starken Willen und klaren Blick für die Bedürfnisse seines Landes hat. Doch gerade das macht ihn verdächtig, und es ist daher nicht sehr wahrscheinlich, daß ihn die Großfürstenclique entscheidend zu Worte kommen läßt — ehe es zu spät ist.

Summa summarum: Hängt wirklich der Ausgang des Krieges davon ab, wer am längsten die wirtschaftlichen Kriegslasten zu tragen imstande ist, dann werden Frankreich, Rußland, England viel eher gezwungen sein als wir, Frieden zu schließen.

* * *

Nun gibt es aber noch wirtschaftliche Sorgen etwas anderer Art. Es ist möglich, daß ein Land reichlich genug Mittel hat, aber daß es doch nicht in der Lage ist, sich dafür das zu beschaffen, was für die Kriegsführung unbedingt nötig ist. Abgesehen von den Kriegsmaterialien, über die hier nicht gesprochen werden soll, ist von besonderer Wichtigkeit die Erlangung der notwendigen Nahrungsmittel und des erforderlichen Feuerungsmaterials.

Beim Beginn des Krieges wurden bei uns große Hoffnungen auf eine teilweise Mißernte in Rußland gesetzt. Es ist allerdings eine Tatsache, daß die letzten Getreideernten Rußlands ganz erhebliche Mindererträge brachten. Die Ernte an Kornfrüchten blieb 1914 um 23,8% hinter dem Vorjahre und um 11,4% hinter dem Durchschnitt des letzten Jahrfünfts zurück. Besonders scheinen die Landstriche am Mittellauf der Wolga sowie die Zentralgouvernements (Orel, Tula, Kursk) gelitten zu haben. Rußland ist ein Agrarland, das Ernteergebnis ist daher für das Wohlergehen seiner Volkswirtschaft von großer Wichtigkeit. Aber auch eine reiche Ernte würde Rußland diesmal nicht viel genützt haben, da es ja nur wenig ausführen kann, weil an seinen Landesgrenzen (von der asiatischen Grenze abgesehen) feindliche Armeen stehen, und weil sowohl das Baltische wie das Schwarze Meer für den Handelsverkehr nicht mehr in Betracht kommen. So bleibt also diesmal die ganze Ernte für den eigenen Bedarf übrig, während früher ein erheblicher Teil an das Ausland verkauft wurde. 1913 führte Rußland für 1400 Millionen Mark mehr Lebensmittel aus als es einführte. Nun muß man freilich bedenken, daß der russische Bauer seine Bedürfnisse in unglaublicher Weise einschränkt, um nur recht viel verkaufen zu können. Es ist sicher, daß er als Soldat eine größere Ration bekommt und bekommen muß, als er aus eigenen Mitteln für sich in Anspruch nehmen würde. Auch wird infolge der schlechten russischen Verkehrsverhältnisse, dem Mangel an Eisenbahnwagen und an Lagerhäusern während der Kriegszeit viel mehr Getreide schadhaft werden als in normalen Jahren. Daß die Volksernährung

in Rußland große Schwierigkeiten macht, unterliegt keinem Zweifel. Ende Januar veröffentlichte die Frankfurter Zeitung einen aus Rußland herausgeschmuggelten Bericht, in dem mitgeteilt wurde, daß zwar Fleisch, Butter und Eier in Überfluß vorhanden seien, daß aber trotzdem diese Artikel eine noch nie dagewesene Preissteigerung erlitten. Im allgemeinen zahle man in Rußland für Eßwaren $1\frac{1}{2}-2$ mal soviel wie nach den Listen deutscher Zeitungen in Berlin gezahlt werde. Daran sei zum Teil der Wucher, zum Teil die Unfähigkeit der Bahnen und ihrer Verwaltung schuld.

Aber zu große Hoffnungen dürfen wir nicht auf die materielle Not Rußlands setzen. Hungersnöte sind im Reiche des Zaren selbst in Zeiten reicher Ernten durchaus nichts Ungewöhnliches; im schlimmsten Falle stillt man den Hunger mit der Knute. 1909 und 1910 gab es z. B. in Rußland vorzügliche Ernten, aber einige Gouvernements hatten doch zu wenig. Statt jedoch durch geeignete Verteilungsmaßregeln für eine genügende Versorgung der Notstandsdistrikte zu sorgen, kümmerte sich die Regierung darum fast gar nicht, sie bemühte sich vielmehr nur im Interesse einer günstigen Handels- und Zahlungsbilanz möglichst viel auszuführen, damit möglichst viel Kapital ins Land komme. Daran fehlt es ja in Rußland, während Menschen im Überflusse vorhanden sind. Die russische Regierung wird erst dann auf die russischen Menschenmassen mehr Rücksicht nehmen, wenn sie dazu gezwungen wird. Ein solcher Zwang wird aber diesmal wahrscheinlich eben so wenig wie früher durch die Unbequemlichkeiten, und die Nöte, die mit der Volksernährung verbunden sind, ausgelöst. Aber eine derartige materielle Notlage kann ganz wesentlich dazu beitragen, einen entscheidenden Sieg der deutschen Waffen zu einer vernichtenden Niederlage des Zarismus zu gestalten.

Von größerer direkter Bedeutung für den Ausgang des Krieges kann es vielleicht werden, daß die Futterernte besonders schlecht ausgefallen ist. Das gilt namentlich auch für den Hafer. Von der russischen Haferernte erhofften die amtlichen Stellen unter der Voraussetzung, daß die Ernte ganz normal vonstatten gehen würde, 14 Millionen Tonnen, das waren 4 Millionen Tonnen weniger als im Jahre 1913. Trotz dieses Mehr von 4 Millionen Tonnen konnten doch 1912–1913 nur $\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen ausgeführt werden, so daß diesmal für den Inlandsbedarf ein Fehlbetrag von $3\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen herausgerechnet werden muß, der sich aber noch wesentlich gesteigert haben wird, weil die Ernte nicht in allen

Landesteilen ganz eingebracht werden konnte, und weil der Kriegsbedarf an Hafer größer ist als der Friedensbedarf. Die Haferpreise sind denn auch gleich in den ersten Kriegswochen bis zu 100% gestiegen. Knappheit der Hafervorräte kann daher recht wohl für die russische Militärverwaltung in Verbindung mit der allgemeinen Futternot zu einer sehr ernsten Sorge werden, zumal auf irgendwelche Zufuhr vom Auslande nicht zu rechnen ist.

England und Frankreich werden sich, *solange sie die See beherrschen*, genügend mit Nahrungsmitteln versorgen können, wenn auch nur mit besonderen Schwierigkeiten und zu stark steigenden Preisen. England befindet sich dabei in viel schwieriger Lage als Frankreich. Setzt man das, was die Engländer im Durchschnitt der Jahre 1900–1905 für Brot und Fleisch bezahlten, gleich 500, so beliefen sich nach englischen Angaben dieselben Ausgaben im Juli dieses Jahres auf 579, im Oktober auf 656, im November auf 683, im Dezember auf 714, um im Januar auf 786 zu steigen!

Der Preis für Weizen mittlerer Qualität, der 1914 30 Schilling 11 Penny notierte, stand am 9. Januar 1915 auf 44 Schilling 4 Penny, am 23. Januar auf 51 Schilling 6 Penny, Anfang Februar erreichte der Preis fast 60 Schilling. Der Preis für ein Brot im Gewicht von 4 Pfund betrug Ende Juli 1914 4½ bis 5½ Penny, Ende Januar 1915 aber 8–8½ Penny. Stark sind auch die Butter- und Eierpreise gestiegen, da Butter und Eier zum weitaus größten Teile aus Rußland bezogen wurden. Aus Rußland bezog England in Friedenszeiten allein jährlich 3 Milliarden Stück Eier im Werte von 120–140 Millionen Mark. Diese Zufuhr ist jetzt natürlich zum weitaus größten Teile abgeschnitten. Mitte Januar betrugen nach dem „Economist" vom 23. Januar 1915 die Preissteigerungen seit Juli in den Großstädten für Fisch 51%, Zucker 69%, Eier 62%; in den Kleinstädten und auf dem Lande für Fisch 31%, Zucker 65%, Eier 65%. Die englischen Arbeiter sind nicht gewillt, diese Preissteigerung ohne gleichzeitige Heraufsetzung ihrer Löhne hinzunehmen, es ist daher wahrscheinlich, daß es zu Lohnbewegungen in größerem Umfange kommen wird.

Während England an Brotgetreide im Durchschnitt der letzten Jahre pro 1000 Einwohner im eigenen Lande nur 32–35 Tonnen erzielte, im übrigen also ganz auf die Auslandszufuhr angewiesen ist, produziert *Frankreich* etwa achtmal so viel Brotkorn auf jedes Tausend seiner Einwohner. Nach amtlichen Mitteilungen des französischen Ackerbauministeriums wurden 1914 87 Millionen

Zentner Weizen geerntet. Die Vorräte wurden bei Kriegsausbruch auf 5 Millionen Zentner geschätzt. Der normale Verbrauch Frankreichs betrug nach dieser amtlichen Darlegung 94 Millionen Zentner, also fehlten 2 Millionen Zentner, die zu importieren blieben. Dagegen sei die normale Produktion der von den deutschen Heeren besetzten Gebiete 7 700 000 Zentner Weizen, wodurch sich das Defizit auf 9 700 000 Zentner erhöhte; es seien aber bereits im August 9½ Millionen Zentner Weizen und Weizenmehl eingeführt worden. Wenn auch diese Zahlen offenbar optimistisch nach oben abgerundet sind, so wird doch Frankreich, vorausgesetzt, daß die zweckmäßige Verteilung nicht durch Eisenbahnstörungen und Wagenmangel verhindert wird, seinen Bedarf an Brotgetreide decken können. Jeder Luxuskonsum, auch der Konsum an Fleisch wird aber auch in Frankreich starke Einschränkungen erfahren müssen.

Die Deckung des Bedarfs an Nahrungsmitteln ist natürlich für den Ausgang des Krieges von größter Wichtigkeit, aber kaum weniger wichtig ist der Kohlenvorrat. Nicht ohne Grund ist gesagt worden, daß das alte Wort: „zum Kriegführen gehöre Geld und Geld und wiederum Geld" im modernen Kriege dahin abgeändert werden müsse, daß zum Kriegführen Geld und Kohlen gehöre! Kohle, um die riesigen Eisenbahntransporte zu bewältigen, Kohle für die Heizung der Kriegsflotte, Kohle auch mindestens, um die Fabriken aufrechtzuerhalten, die Kriegsmaterialien liefern, und endlich doch auch ein gewisser Vorrat von Hausbrandkohle. Die Kohlenschätze der Erde sind nun bekanntlich sehr ungleichmäßig verteilt. Nach einer Berechnung von Dove kamen um das Jahr 1911 auf jedes Tausend Einwohner an Kohlenförderung in Großbritannien und Irland 6100 Tonnen, in Deutschland 3620 Tonnen, in Frankreich 1040 Tonnen und in Rußland nur 200 Tonnen.

England hat, wie diese Ziffern zeigen, eine ganz besonders starke Kohlenproduktion, aber man klagt dort darüber, daß die Kohlenproduktion gehemmt werde durch Mangel an Arbeitern. Stellenweise sollen ein Drittel und mehr der Kohlenbergarbeiter für das Heer angeworben sein. Auch ergeben sich schon hier und da Schwierigkeiten infolge Mangel an Grubenholz, das vorzugsweise aus Rußland und Schweden bezogen wurde, die jetzt nur noch sehr wenig liefern können, da die deutsche Regierung — leider reichlich spät — Ende September Holz auf die Liste der Konterbandeartikel gesetzt hat.

Frankreich bezieht in Friedensjahren den größten Teil seiner Kohlen aus dem Norden seines eigenen Gebietes und aus Belgien.

Diese Zufuhren sind ebenso wie die nicht ganz unbeträchtlichen Zufuhren aus dem Saarrevier abgeschnitten. Aus seinen bisherigen Zufuhrsgegenden kann Frankreich nicht mehr als ein Viertel seines Bedarfes decken, für den Rest muß Frankreichs Freund, England, sorgen, was schon infolge des knappen Schiffsraumes, der zur Verfügung steht, mit Schwierigkeiten verbunden ist. Sind doch sogar die Kohlenfrachtsätze für den Verkehr zwischen englischen Kohlenplätzen um reichlich 500 % gestiegen. Wie soll es aber erst werden, wenn durch unsere Unterseebote der regelmäßige Schiffsverkehr zwischen England und Frankreich unmöglich gemacht wird? Wird dann nicht auch Italien, das bis jetzt so sehr auf die Zufuhr von englischen Kohlen angewiesen war, schließlich Deutschland bitten müssen, ganz an Stelle Englands zu treten?

Noch erheblich schlimmer ist es mit der Kohlenversorgung Rußlands bestellt. Die Kohlennot würde vielleicht sehr bald in Rußland zu einer Katastrophe führen müssen, wenn nicht anzunehmen wäre, daß sich Rußland hinsichtlich der Kohlenversorgung auf den Krieg rechtzeitig vorbereitet hätte. Große Schwierigkeiten wird die Lösung des russischen Kohlenproblems jedenfalls ganz sicher je länger je mehr verursachen. Das Ausland, das sonst den weitaus größten Teil des russischen Kohlenbedarfs deckte, kann fast gar nichts mehr liefern. Dazu kommt, daß ein wichtiger Kohlenbezirk Rußlands, das Dombrovabecken, seit Beginn des Krieges in unseren Händen ist. Gelingt es Rußland und seinen Freunden nicht, die Dardanellen gewaltsam zu öffnen, so wird Rußland schon infolge Kohlenmangels unfähig sein, einen lange andauernden Krieg zu führen, dann jedenfalls, wenn es die Türken fertig bringen, die Naphthaquellen im Kaukasus oder auch nur die Naphtharöhrenleitungen von Baku bis Batum in ihre Hände zu bringen. Da Rußland einer der bedeutendsten Naphthaproduzenten der Welt ist, kann die Naphthafeuerung in gewissem Umfange die Kohlenfeuerung ersetzen. Das gilt auch für die Eisenbahnen, freilich ist dazu ein zeitraubender Umbau der Lokomotiven erforderlich.

* * *

Bis jetzt war nicht die Rede von Japan, unserem vierten, beachtenswerten Feinde. Nachdem es seinen Raub scheinbar in Sicherheit gebracht hat, macht es offenkundig Versuche, für sich in Deutschland gut Wetter zu machen. Die deutschen Kriegsgefangenen werden gut behandelt, die Kupons der japanischen Anleihe wurden,

auch soweit sie im Besitz von Deutschen waren, glatt eingelöst, und manche deutschfreundliche Stimme kommt von Japan zu uns herüber. Der Gedanke, daß es in Zukunft auf Deutschlands Kapital und Intelligenz werde verzichten müssen, ist für Japan, wenigstens für die denkenden Japaner, die schlimmste „Kriegssorge". Japan hat uns nötiger als wir die Japaner. Dabei sehe ich ganz ab von der Aufnahmefähigkeit unseres Warenmarktes und von der Gebefreudigkeit unseres Kapitalmarktes. Ich denke an folgendes: Japans wirtschaftlicher Aufschwung beruht vorwiegend auf der Bedürfnislosigkeit seiner Massen. Der einzelne japanische Arbeiter erreicht bei weitem nicht die Leistungsfähigkeit eines deutschen Arbeiters. Man weiß, daß in der Industrie für die Arbeitsleistungen eines europäischen Arbeiters in der Regel drei gelbe erforderlich sind. Dazu kommt, daß den Japanern die ruhige, gleichmäßige Energie fehlt. Der Franzose Bousquet hat schon vor Jahrzehnten den japanischen Volkscharakter so beschrieben: „Das Privatleben gleicht dem politischen, wie es aus ihrer Geschichte zu erkennen ist, und beide gleichen den klimatischen Zügen des Landes. Lange Perioden der Ruhe und Schläfrigkeit wechseln mit plötzlichem Erwachen, mit ungestümen Ausbrüchen ab, ein Temperament ohne Gleichmäßigkeit . . . Gleich den Geißeln, die das Land heimsuchen (Erdbeben und Taifune), hat ihr Arbeitswille langen Schlaf und unordentliches Erwachen." Daraus erklärt es sich zum Teil, daß dem Japaner das fehlt, was im wirtschaftlichem Leben erst den entscheidenden Erfolg verbürgt, die Fähigkeit zu dispositiver, leitender Arbeit. Immer dann, wenn eine neue Eisenbahn einzurichten oder zu verwalten war, wenn neue Arbeitsmethoden eingeführt werden sollten, wenn es galt, neue Organisationen für den Handel zu finden, war bis jetzt der brave Deutsche gut genug, den Japanern auszuhelfen. Der Krieg hat das gründlich geändert.

Zu den sich daraus für die Japaner ergebenden Zukunftssorgen kommen ernste Gegenwartsschwierigkeiten.

Nach einem Berichte des Ostasiatischen Lloyd ist der japanische Handel so gut wie tot, nur die Schiffahrtslinien nach den Vereinigten Staaten weisen noch größeren Verkehr auf. Für die wichtigsten Ausfuhrartikel Japans, Rohseide und Strohgeflecht, sind die Preise stark gesunken, überall sind große Scharen von Arbeitern entlassen, viele japanische Firmen, die nicht über große Mittel verfügen, können den Krieg nicht überstehen, der Bankdiskont stand im Oktober auf 8 %.

Den Passivposten steht freilich für Japan ein großer Aktivposten gegenüber: das durch den Weltkrieg für lange Zeit, vielleicht für Generationen, aufs äußerste geschwächte Europa wird nicht mehr stark genug sein, der gelben Rasse ein kräftiges Halt zu gebieten, es muß geduldig zusehen, wie Japan die Gelben gegen die weiße Rasse mobilisiert. Für Japan ist der Krieg, der jetzt in Europa wütet, nur ein Vorspiel für *seinen* großen Kampf, der unter der Losung Okakuras „Asien ist eins" entbrennen wird. Diesen Zukunftskrieg brauchen *wir* viel weniger zu fürchten als England, das dadurch, daß es die Japaner zu ihrem schmachvollen Raube ermunterte, gleichzeitig zum Verräter an der weißen Rasse und zum Totengräber seines Imperiums wurde.

* * *

Die wirtschaftlichen Kriegssorgen unserer Feinde sind unzweifelhaft heute schon groß, und sie werden immer größer werden, aber wir dürfen nicht im mindesten in unseren Vorbereitungen für einen Krieg bis zum äußersten nachlassen, wir dürfen uns nicht auf andere verlassen, auch nicht auf die Sorgen und Schwierigkeiten der anderen, nur auf unsere eigene Kraft. Wir haben dank dieser Kraft in wunderherrlicher Einheit und Einigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete Staunenswertes vollbracht. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß das Land, das gegen eine Welt von Feinden kämpfen muß, unser Deutschland, von allen Ländern der Welt am schnellsten und zweckmäßigsten seine Volkswirtschaft den veränderten Verhältnissen anpassen konnte. Finanziell stützen wir uns auf eine glänzende Organisation und reichliche Mittel, die es uns erlauben, ganz auf die eigene Kraft zu bauen. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer wetteifern miteinander, zu zeigen, daß auch während des Krieges die höchsten Anforderungen an die deutsche Arbeit gestellt werden dürfen. Die Arbeitslosigkeit wird von Monat zu Monat geringer, der Staat, die Gemeinden und die überaus rege private Wohltätigkeit arbeiten wohlüberlegt Hand in Hand, um die Lage jedes einzelnen erträglich zu gestalten.

Nur eine Sorge bleibt: die Feinde hoffen uns aushungern zu können. Gleich bei Beginn des Krieges übersahen wir mit Rücksicht auf diese Möglichkeit unsere Vorräte. Die Regierung glaubte feststellen zu können, daß bei verständiger Wirtschaft genügend Vorräte da seien, um auf die ausländische Zufuhr von Nahrungs-

mitteln verzichten zu können, obwohl sie im Vorjahr einen Wert von rund 1600 Millionen Mark erreichte. Man ging nach einigem Überlegen dazu über, das Steigen der Nahrungsmittelpreise durch Festlegung von Höchstpreisen zu verhindern. Unsere Brotpreise sind zwar gestiegen, aber weniger als in den andern Ländern der Welt; die Weizenpreise speziell würden bei uns ohne Krieg und damit ohne Höchstpreise, höher sein als jetzt im Kriege infolge der Höchstpreise, denn die Welternte ist so schlecht wie seit langer Zeit nicht mehr; Rußland, Rumänien, Ungarn, Kanada, Australien, Indien haben mehr oder minder schlechte Ernten, wir nur eine Mittelernte und weniger als das, wenn wir bedenken, daß ein großer Teil der Getreideproduktion in Ostpreußen und Elsaß-Lothringen für unsere Volksernährung infolge der feindlichen Invasion für dieses Jahr nicht in Betracht kommen kann. Nur die Vereinigten Staaten und Argentinien schicken gute Ernteberichte, namentlich Argentinien erwartet eine vortreffliche Ernte, aber im Januar dieses Jahres wurde von dort berichtet, daß das Wetter für die Ernte so ungünstig wie nur möglich sei, und in den Vereinigten Staaten hat neuerdings ein recht ungünstiges Winterwetter, rascher Wechsel von Tauwetter und starkem Frost ohne genügende Schneedecke, viel Unheil angerichtet. In der Union, die doch ein Getreide exportierendes Land ist, und die in diesem Jahre nicht mit der Nachfrage Deutschlands zu rechnen braucht, sind trotz der guten Ernte die Weizenpreise von Ende Juli bis Anfang September um 40% gestiegen, und die Preise steigen rasch weiter. In der Zeit vom 2. Januar bis 2. Februar 1915 stieg der Preis für Weizen in Chicago lieferbar Mai von 131 auf 165, lieferbar Juli von 119¼ auf 143. Dazu kommen nun noch die, wie wir gesehen haben, so enorm steigenden Frachten für den Verkehr zwischen Amerika und Europa.

Wir können unseren Verwaltungsbehörden dafür dankbar sein, daß sie aus sozialen Gründen die Preise bei uns niedriger gehalten haben, als der Weltmarktlage entsprechen würde, aber die Behörden rechneten damit, daß wir den Ermahnungen: „Seid sparsam mit den Nahrungsmitteln!" Gehör schenken würden. Sie konnten das um so mehr erwarten, weil die Lebenshaltung des deutschen Volkes verhältnismäßig recht hoch ist. Während zum Beispiel in Rußland und in Italien pro Kopf der Bevölkerung nur 230 bis 300 kg Brotgetreide im Jahre verzehrt werden, muß man bei uns mit 700 bis 800 kg rechnen. Während 1816 pro Kopf der Bevölkerung im Gebiete des Deutschen

Reichs erst 13½ kg Fleisch zur Verfügung standen, waren es 1907 47 kg, 1913 58 kg. Wenn wir heute auch ganz auf die auswärtige Zufuhr von Fleisch verzichten müßten, hätten wir doch wenigstens viermal mehr Fleisch pro Kopf der Bevölkerung zu verzehren als unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Man sollte also meinen, daß später eine wesentliche Reduzierung mit Rücksicht auf die knappen Futtermittelvorräte ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden könnte. Jedenfalls legt uns die Mahnung: „Teilt Euch ein, damit wir mit dem Vorhandenen auskommen!" keine großen Opfer auf, aber leider steht fest, daß in den ersten sechs Kriegsmonaten die große Masse des deutschen Volkes an ein Haushalten mit den Vorräten nicht gedacht hat. Dabei lenken sich aller Augen auf diejenigen, von denen wir gewohnt sind, daß sie das Sorgen für das Haushalten übernehmen: auf unsere Frauen. Als der Krieg ausbrach, setzten unsere Feinde manche Hoffnungen auf die deutschen Männer, sie hofften, daß diese die Zwietracht des Friedens in den Krieg mit hineintragen würden, daß sie, durch den wirtschaftlichen Aufschwung verweichlicht, nicht mehr die Strapazen des Krieges ertragen würden, daß ihnen der heilige Inhalt der Vaterlandsliebe abhanden gekommen wäre, alles das waren vergebliche Hoffnungen. Sollen nun jetzt unsere Feinde mit neuen Hoffnungen auf die deutschen Frauen blicken? Werden die deutschen Frauen versagen, werden sie den furchtbaren Ernst ihrer Verantwortung begreifen? So fragen die einen mit lauernder Freude, die andern bang und besorgt. Nun, die deutschen Frauen werden selbst die Antwort geben, sie sind jetzt auf Grundlage eingreifender Fürsorgemaßnahmen der öffentlichen Gewalt mobilisiert in dem Dienst einer Aufgabe, die ihrer Eigenart besonders liegt, sie werden jetzt zeigen, daß deutsche Frauen und wir alle mit ihnen haushalten können. Deshalb ist die eine wirtschaftliche Sorge, mit der wir im eigenen Lande zu rechnen haben, schon keine Sorge mehr. Wir können durchhalten, und wir werden durchhalten, der Sieg ist unser.

Druck: Carl Dülfer in Breslau 2.